

PKV will Billiganbieter verklagen

Makler, die ihre Kunden per Mail mit Billigangeboten in der privaten Krankenversicherung locken wollen, sollen künftig vermehrt verklagt werden. Das erklärte der Verband der Privaten Krankenversicherung (PKV) in Berlin. Es gebe keine Billigangebote für 59 Euro, so die PKV. Diese Angebote seien unredlich und gegen Makler, die diese Angebote machen, werde künftig verstärkt juristisch vorgegangen.

Makler, die ihre Kunden per Mail mit Billigangeboten in der privaten Krankenversicherung locken wollen, sollen künftig vermehrt verklagt werden. Das erklärte der Verband der Privaten Krankenversicherung (PKV) in Berlin. Es gebe keine Billigangebote für 59 Euro, so die PKV. Diese Angebote seien unredlich und gegen Makler, die diese Angebote machen, werde künftig verstärkt juristisch vorgegangen.

„Sogenannte Billigangebote waren noch nie ein Markenkern der PKV - und die meisten Anbieter haben sie im Versicherteninteresse wieder eingestellt“, sagte der Vorsitzende der PKV, Uwe Laue. „Jedem Kunden wollen wir ein passendes Angebot unterbreiten. Wir wollen deshalb den gut funktionierenden PKV-Sozialtarif, den sogenannten Standardtarif, wieder für alle Versicherten öffnen - für Arbeitnehmer, Selbstständige, Beamte und Rentner“, erklärt Laue. Der Standardtarif biete vergleichbare Leistungen wie die gesetzliche Krankenversicherung und koste im Schnitt deutlich unter 300 Euro.

Laue nahm auch Bezug zum Tarifwechselrecht und den damit in vielen Versicherungen verbundenen Schwierigkeiten. „Hier müssen wir besser und transparenter werden“, erklärte Laue. So wolle man den Versicherten interessante Alternativen innerhalb des jeweiligen Unternehmens bieten. Den Wechsel zu anderen Versicherungsunternehmen mit nachträglicher Mitnahme von Alterungsrückstellungen, lehnte Laue vehement ab. „Dadurch würde die versicherungstypische Solidarität der Gesunden mit den Kranken zerstört - zugunsten vermeintlicher Wechselvorteile für jüngere Gesunde, aber zu Lasten älterer und kranker Versicherter“, sagte er. Außerdem gebe es erhebliche juristische Probleme und gleichzeitig werde die kalkulatorische Grundlage der Versicherungen zerstört.

Christine Schaade